

Beschluss des Landrats vom 16.06.2022

Nr. 1596

8. Fragestunde der Landratssitzung vom 16. Juni 2022 2022/288

1. Jan Kirchmayr: Lehrpersonen-Mangel im Kanton Basel-Landschaft

Jan Kirchmayr (SP) hat zwei Zusatzfragen. Der Primarschullehrpersonenlohn ist im Nordwestschweizer Vergleich das Schlusslicht. Zusatzfrage 1: *Was gedenkt der Regierungsrat diesbezüglich zu machen?* Zusatzfrage 2: *Kann der Regierungsrat versprechen, dass es im Kanton Basel-Landschaft keine unausgebildeten Lehrpersonen in den Turnhallen gibt wie in Bern oder Zustände wie im Kanton Zürich, wo man ganz ohne Lehrdiplom oder Fachausbildungen unterrichten kann?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) relativiert, dass der Kanton Basel-Landschaft das Schlusslicht bei den Löhnen der Primarschullehrpersonen sei. Es sieht gar nicht so schlecht aus, wie auch einem Bericht der Basler Zeitung entnommen werden kann, die umfangreiche Vergleiche vorgenommen hat. Der Lohn muss auf die Lektionen bezogen, die unterrichtet werden, betrachtet werden. Aber: Der Lohn ist aus Sicht der Rednerin nicht das Ausschlaggebende. Der Kanton Zürich zahlt auf allen Schulstufen – Kindergarten, Primar, Sekundarstufe und Gymnasien – die höchsten Löhne und hat ein riesiges Problem, genügend Lehrpersonen zu finden. Selbstverständlich wird dies aber angeschaut, insbesondere die Situation der Primarlehrpersonen. Dies ist Bestandteil der Auslegeordnung, die gemacht werden soll. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

Es ist nicht gewollt, dass Lehrpersonen ohne Diplom angestellt werden. Es kann aber durchaus sein, dass man sich in Zukunft in einer Situation befinden wird, in der Eskalationsmassnahmen überlegt werden müssen und in der dann auch Eskalationsmassnahmen zum Tragen kommen. Lehrpersonen ohne Diplom anzustellen, wird aber ziemlich hoch oben in der Eskalationsstufe stehen. Zuerst würden andere Massnahmen getroffen. Die Lehrpersonenausbildung soll intensiviert und junge Leute für den Beruf motiviert werden. Das Gleiche gilt für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger und Lehrpersonen, die sich vielleicht früher pensionieren lassen möchten.

Miriam Locher (SP) stellt folgende Zusatzfrage: *Welche Massnahmen kann sich der Regierungsrat sonst noch vorstellen, um den Lehrpersonenberuf attraktiver zu machen?*

Roman Brunner (SP) versteht die Antwort des Regierungsrats so, dass die Bildungsdirektion kein systematisches Monitoring macht zu den fehlenden Lehrpersonen oder zu jenen, die ungenügend ausgebildet sind. Zusatzfrage: *Weshalb wird kein systematisches Monitoring gemacht und könnte aus einem solchen nicht auch Nutzen gezogen werden, um mit geeigneten Massnahmen dem Lehrpersonenmangel entgegenzuwirken?*

Ronja Jansen (SP) verweist auf die in den Antworten erwähnte Arbeitsgruppe, die eingesetzt wurde, um entsprechende Massnahmen zu erarbeiten. Zusatzfrage: *Bis wann wird es Resultate aus der Arbeitsgruppe geben?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) erklärt, die Arbeitsgruppe sei aus Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite zusammengesetzt. In der Antwort auf Frage 3 wird ausgeführt, dass es auch um Themen wie Stipendien, Mentoring für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger, Ersteinstufung, Anerkennungsregelungen, Berufsauftrag und die Entlastung von Klassenlehrpersonen geht. Es sind intensive Diskussionen unter Einbezug aller An-

spruchsgruppen. Die Rednerin möchte den Ergebnissen nicht vorgreifen. Es gibt kein Tabu und es wird eine Prioritätenliste aus den Diskussionen hervorgehen. Allenfalls wird es auch finanzielle Auswirkungen haben, was dann dem Regierungsrat vorgeschlagen und vorgelegt würde. Wann Ergebnisse vorliegen werden, kann noch nicht gesagt werden. Es ist wichtig, dass Massnahmen erarbeitet werden, die auch wirksam sind. Die entsprechenden Diskussionen brauchen Zeit und die Erwartungen der einzelnen Anspruchsgruppen gehen teilweise auch weit auseinander. Beispielsweise die Frage der Primarlehrpersonenlöhne würde die Gemeinden betreffen.

Zur Frage von Roman Brunner: Der BKSD liegen die Zahlen nicht vor, weil sie nicht Anstellungsbehörde ist. Es wurde aber im Mai eine Umfrage durchgeführt. Im Juni wird es erneut eine geben. Anhand der Ergebnisse kann abgeschätzt werden, wie es aussieht. Selbstverständlich ist die BKSD daran interessiert, wie viele Stellen nicht besetzt werden konnten respektive wie die Stellen besetzt wurden. Diese Daten sind Basis für die Arbeit in der Arbeitsgruppe.

2. Miriam Locher: Lohnrelevantes MAG

Miriam Locher (SP) sieht, dass es offensichtlich, gemäss Medienberichten, massive Schwierigkeiten im Bereich des lohnrelevanten MAG gibt, zumindest an den Schulen. Sie ist versucht zu sagen, dass der Versuch des lohnrelevanten MAG misslungen ist, denn die Ergebnisse können kaum das Ziel des Regierungsrats gewesen sein. Sie stellt deshalb folgende Zusatzfrage: *Was sind aus seiner Sicht mögliche Gründe für die grossen Differenzen?*

Simone Abt (SP) stellt eine weitere Zusatzfrage: Wenn eine Schulleitung eine B-Bewertung gegenüber einer Lehrperson geäussert hat, muss sie beim Schulrat eine beschwerdefähige Verfügung einholen. Das habe offenbar in gewissen Fällen dazu geführt, dass Schulleitungen darauf verzichtet haben, die B-Bewertung abzugeben. *Wie stellt sich die Regierung dazu?*

Désirée Jaun (SP) stellt eine weitere Zusatzfrage: *Was gedenken das Personalamt und der Regierungsrat mit der vorhandenen Auswertung, bezogen auf Lehrpersonen, zu machen, die offenbar genau das aufzeigt, wovor die SP gewarnt hat? Wird die Analyse auch auf die anderen Verwaltungsbereiche ausgeweitet?*

Andreas Bammatter (SP) stellt eine weitere Zusatzfrage: *Wurden Massnahmen getroffen oder werden Massnahmen in die Wege geleitet, dass ein solches Fiasko nicht mehr wiederholt werden kann?*

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) antwortet Miriam Locher, dass es sich um die erste Durchführung der Beurteilung der Lehrpersonen des unterrichtenden Personals handle. Das Ganze muss sich erst einpendeln. Sie sieht es aber als Erfolg an. Zum ersten Mal überhaupt haben 3,5 % der Lehrpersonen eine über das übliche Mass hinausgehende Lohnentwicklung gehabt. An Désirée Jaun die Antwort, dass sich das Ganze erst einspielen muss. Bei den Schulleitungen wurde das MAG bereits zum zweiten Mal durchgeführt. Indem die Schulleitungen und die Schulratspräsidien auf die Unterschiede im Vergleich zur Stufe bzw. vom Kader- und dem üblichen Verwaltungspersonal hingewiesen wurden, erhofft man sich natürlich auch eine Nivellierung in den kommenden Jahren. Sollte sich das nicht einspielen – und das wird gut beobachtet und das Personalamt erstattet dem Regierungsrat jährlich Bericht – müssen allenfalls Massnahmen getroffen werden. Grundsätzlich ist es aber an den Schulleitungen, ihre Führungsaufgabe wahrzunehmen und die Lehrpersonen zu beurteilen.

Simone Abt fragte, wie sich der Regierungsrat dazu stelle, dass keine B-Bewertungen abgegeben wurden. Antwort: Wenn man keine guten Gründe hat, darf man kein B vergeben, denn das bedeutet, dass es keine Lohnentwicklung gibt. Umgekehrt ist es falsch, kein B zu vergeben, nur um sich

nicht zu exponieren. Wenn die Schulleitung findet, die Leistung einer Lehrperson sei nicht genügend, hat sie das klar zu deklarieren, es mit der entsprechenden Lehrperson auch vorzubespochen und dann dafür gerade zu stehen. Das ist eine Führungsaufgabe.

Die Frage von Andreas Bammatter geht in die gleiche Richtung wie jene von Désiree Jaun. Dazu lässt sich antworten, dass es sich um den ersten Durchgang handelte. Man muss jetzt dem System Zeit geben, daraus zu lernen. Sie ist überzeugt, dass das Offenlegen und die Diskussion darüber sensibilisiert hat. Man erhofft sich deshalb auch andere Ergebnisse im nächsten Jahr. Aber wie gesagt: Es ist ein Erfolg, wenn 3,5 % des Personals dieses Jahr profitieren konnten.

Sandra Strüby-Schaub (SP) stellt eine weitere Zusatzfrage: *weshalb profitieren vor allem Männer, die schon heute die höchsten Löhne haben, und weshalb gehen die meisten Frauen leer aus?*

Linard Candreia (SP) stellt eine weitere Zusatzfrage: *Wurde die Möglichkeit, eine Spontanprämie auszurichten, wahrgenommen? Und wenn ja, um wie viele handelt es sich?*

Ronja Jansen (SP) hält es für höchst besorgniserregend, wenn die Frauen gemäss Medienberichten hier den Kürzeren ziehen, weil der Kanton zur strukturellen Lohndiskriminierung von Frauen beiträgt. Sie stellt deshalb folgende Zusatzfrage: *In welchem Ausmass geschieht dies? Welcher Anteil der männlichen Lehrpersonen konnte von einer A+-Bewertung profitieren?*

Ursula Wyss Thanei (SP) bezieht sich auf Tabelle 1, wo auffällt, dass Berufsfachschulen die höchste B-Vergabe unter den Lehrpersonen auweisen, sogar eine Schulleitung hat diese Bewertung abgeholt. Gleichzeitig wurden dort am wenigsten A+ vergeben. Der Unterschied zwischen den verschiedenen Schulstufen ist nicht ausgewogen. Zusatzfrage: *Was macht der Kanton mit diesen Daten? Werden sie ausgewertet und dienen als Handlungsgrundlage?*

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) antwortet zur Frage von Sandra Strüby, weshalb Frauen und Männer anders abschneiden, dass man da die Anstellungsbehörde fragen müsste. Die Schulleitungen haben Kriterien für ein A+ für jede Stufe ausgearbeitet. Wie sie das anwenden, liegt in der Verantwortung der Schulleitungen.

Zur Frage von Linard Candreia nach der Spontanprämie, kann die Regierungsrätin keine Antwort geben. Diese Zahlen liegen ihr nicht vor, das Personalamt hat das sicher ausgewertet. Sie wird das nachliefern. *[siehe [Nachtrag](#)]*

Antwort auf die Frage Ronja Jansen: Wie sich die Unterschiede zwischen Frauen und Männern genau gestalten, ist im Bericht enthalten. Sie kann das aber aus dem Stegreif nicht beantworten und wird deshalb die Zahlen nachliefern. *[siehe [Nachtrag](#)]*

Ursula Wyss sprach die verschiedenen Schulstufen an. Antwort: Wie bereits gesagt sind die Schulräte für die Beurteilung der Schulleitungen zuständig, die Schulleitungen wiederum sind dafür zuständig, die Lehrpersonen zu beurteilen. Man hat schliesslich die Gelegenheit ergriffen und die Schulratspräsidienkonferenz informiert und dargelegt, wie das genau aussieht. Ebenso wurde die Schulleitungskonferenz informiert. Aus dieser Information erhofft man sich natürlich, dass die Anstellungsbehörde ein Auge darauf haben wird und es sich in den kommenden Jahren rausnivelliert. Selbstverständlich wird das genau beobachtet. Nach dem ersten Jahr für das unterrichtende Personal hat man nun einmal festgestellt, dass es gewisse Unterschiede gibt, auch in den Stufen, und dass die Schulleitungen überdurchschnittlich gut bewertet werden. Das muss den einzelnen Schulräten auch zu denken geben.

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, dass bereits 20 Minuten für die Fragestunde verwendet wurden. Sie bittet deshalb um kurze Fragen ohne Begründung.

Jan Kirchmayr (SP) stellt fest, dass es für die Schulleitungen bereits der zweite Zyklus war. Er geht davon aus, dass die Lehrpersonen nächstes Jahr auch alle A+ sein werden, wer weiss... Seine Zusatzfrage lautet wie folgt: *Wie können die Schulräte ihre Aufgabe, die Schulleitung kritisch zu begleiten, erfüllen, wenn sie fast jedem zweiten Seksschulleitungsmitglied ein A+ vergeben?*

Andrea Heger (EVP) findet es sehr löblich, wie sich die Regierungsrätin mit Verve einsetzt, um Red' und Antwort zu stehen. Auch als Mitglied der Bildungskommission ist das immer wieder interessant. Es handelt sich ja aber um ein allgemeines Personalanliegen. Deshalb die Zusatzfrage, *ob der Vergleich mit dem ganzen Personal nicht nur die Bildungsdirektorin, sondern auch die Personaldirektion genügend auf dem Radar hat?*

Adil Koller (SP) stellt eine weitere Zusatzfrage: Er hat nicht verstanden, als die Regierungsrätin gesagt hatte, die Schulleitungen seien teilautonom, man ginge aber davon, dass sich das in den nächsten Jahren nivellieren werde, falls nicht, müssten Massnahmen ergriffen werden. *Welche Massnahmen lassen sich denn ergreifen, wenn die Schulen teilautonom sind?*

Ernst Schürch (SP) geht es um alle Menschen in diesem Lohnsystem. Faktisch ist das Lohnsystem so ausgestaltet, dass man nach 30 Dienstjahren keine Lohnentwicklung mehr hat. Alle, die zwischen 30 und 40 Dienstjahre geleistet haben, egal in welcher Direktion, haben somit faktisch eine Beurteilung B. Seine Zusatzfrage lautet: *Was macht die Regierung, um das zu ändern?*

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) antwortet auf die Frage von Jan Kirchmayr, dass von den Schulräten durchaus erwartet werden darf, dass sie die Schulleitungen kritisch begleiten und realistisch einzustufen vermögen und dabei eine Top-Leistung erbringen. Die Schulräte müssen in den nächsten Jahren gut über die Bücher gehen, um zu begutachten und einzuschätzen, was man von einem Kader, von einer Schulleitung erwarten darf, was normal ist und was ausserordentlich. Zur Frage von Adil Koller, welche Massnahmen man ergreifen wolle, da die Schulen teilautonom seien, die Antwort, dass man erstmal sensibilisieren müsse, um dann zu schauen, wie sich das in den nächsten Jahren entwickelt. Sie kann noch nicht sagen, welche Massnahmen man dann ergreifen wird. Es gilt, zu analysieren, auch im Gespräch mit der Anstellungsbehörde, was die Gründe sind. Die Kriterien für ein A+ wurden von den Schulen über jede einzelne Stufe festgelegt. Schlussendlich gilt es, dort hinzuschauen. Es ist nun aber viel zu früh, daraus ein riesiges Thema zu machen. Man wird das beobachten und (vorab die Schulleitungen und die Schulräte) sensibilisieren.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) dankt für die Frage von Andrea Heger und beantwortet sie wie folgt: Er bittet zu unterscheiden zwischen dem System und der Anwendung. Das System ist bei ihm, die Anwendung bei den Schulrätinnen und Schulräten. Sein Amt hat ein System aufgestellt, das es bis jetzt für das Verwaltungspersonal gab. Dort wusste man, dass man ein A+ bekommt, wenn man eine sehr gute Leistung erbringt. Das gab es jeweils bei 7 bis 9 % des Verwaltungspersonals. Das Lehrpersonal hatte nie die Möglichkeit, ein A+ zu bekommen, weil gar nicht bewertet wurde – obwohl es schon immer in den Pflichtenheften der Schulleitung stand, dass man ein MAG durchführen müsse. Zum Systemwechsel hat geführt, dass man allen die Möglichkeit geben wollte, in einen beschleunigten Stufenanstieg zu kommen.

Ernst Schürch hat angesprochen, dass irgendwann fertig sei und die letzten Jahre kein Anstieg mehr möglich sei. Das ist ein altes Anliegen. Dazu kann er antworten, dass die Regierung daran ist, eine Lösung zu erarbeiten für jene Kategorien, die schon am obersten Teil des Lohnbands sind, um ihnen noch etwas entgegen zu kommen. Das wird zu Zeiten kommuniziert. Weiter war die Frage, wie das System angesichts der Teilautonomie der Schulen erarbeitet wurde. Antwort: Die Schulen konnten auf den verschiedensten Stufen gemäss ihrer Teilautonomie jene

Kriterien erarbeiten, wie sie qualifizieren möchten. Sie haben letztendlich nach ihren eigenen Kriterien qualifiziert. Das wurde nicht von der Regierung vorgegeben, sondern sie konnten das selber entwickeln. Selbstverständlich wird ein Monitoring gemacht. Das Personalamt monitort seit jeher über die ganze Verwaltung, übrigens auch die Spontanprämie, Zulage etc. Das macht man selbstverständlich auch für die Bereiche Bildung, weshalb der entsprechende Bericht erarbeitet wurde. Dieser Bericht schafft Transparenz und gibt ein erstes Bild. Und was stellt man fest? Natürlich wird das Bild benutzt, um den Eindruck zu erzeugen, es sei eben doch nicht so gut, was getan wurde. Folgendes ist dazu zu sagen: Man übersieht nun die erste Anwendung. Bei den Lehrpersonen gibt es einen MAG-Rhythmus von 3 Jahren, der Querschnitt ist bis jetzt also noch relativ klein. Dort, wo es zu viele A+ gibt, wird es sich automatisch korrigieren, weil der Anstieg letztlich immer kleiner wird – da die zur Verfügung stehende Summe immer mehr abnimmt. Man wird sehen, dass jene, die sich nicht so sehr mit dem System anfreunden und es nicht angewendet haben, es irgendwann auch anwenden werden.

Die Frage ist nun: Was machen wir? Das Wichtigste ist die Transparenz, die Regierung hat das analysiert und man wird daran weiterarbeiten. Die Leute wurde alle in der Anwendung des MAG ausgebildet, in der Verwaltung oder beim Lehrpersonal, insbesondere bei den Schulleitungen. Wenn man stets fragt, was die Regierung tut, um das zu ändern, kann er nur antworten, was sie nicht tut: Sie steuert nicht rein und schreibt vor, was die Verantwortlichen zu tun haben und wie die A+ verteilt sein müssen etc. Zur Unterstellung, man würde die Männer bevorzugen, ist zu sagen: Es ist nicht die Regierung, die die Qualifikationen vorgenommen hat, sondern die anwendenden Personen im Bildungsbereich. Er möchte niemandem unterstellen, mit irgendeiner Absicht qualifiziert zu haben. Es ist zwar einfach, die Verantwortung der Regierung zuzuschieben – aber es ist falsch. Das System ist objektiv und transparent.

Damit ist man bei der Frage der Anwendung: Bei der Anwendung kann man sich verbessern und die Regierung wird einen Blick darauf haben und mit allen zusammen daran arbeiten. Das ermöglicht letztlich eine Gleichbehandlung zwischen Verwaltungs- und Bildungspersonal, was immer das zentrale Anliegen war.

Fazit: Die erste Anwendung ist erfolgt, es gibt keinen Grund, allzu nervös zu werden. Man wird aber die Sache weiterverfolgen und sie garantiert verbessern.

3. Roman Brunner: Entwicklung Covid-Pandemie Herbst/Winter 2022/23

Roman Brunner (SP) stellt zwei Zusatzfragen. Zum Ersten eine Wiederholung der (nicht beantworteten) ersten Teilfrage: *Welche Szenarien sieht der Regierungsrat für die Pandemie im Herbst?* Die zweite Frage erweitert die dritte Teilfrage: *Was waren die Kriterien für den Wiedereinsatz des Krisenstabs im Dezember 2021?*

Adil Koller (SP) stellt eine weitere Zusatzfrage: *Stand heute werden die Kosten für die zweite Auffrischimpfung nicht mehr vom Bund bezahlt, so dass die Leute selber für eine Massnahme bezahlen müssen, die massive positive Externalitäten für Gesellschaft und Volkswirtschaft hat. Der Kanton Solothurn sagte, dass er in dem Fall die Kosten übernehmen wolle. Was macht der Kanton Baselland?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) antwortet zur ersten Frage von Roman Brunner, dass man vom Planungspapier des Bundes ausgehe, der ein mildes, endemisches Szenario annimmt, oder eines, das für die vulnerable Bevölkerung eine Impfung vorsieht; Worst Case wäre eine Kombination von Delta und Omikron. In diesen Szenarien mittelt man sich ein.

Zur zweiten Frage ist zu sagen, dass der KKS (bzw. KFS für Kantonaler Führungsstab, wie er mit dem neuen Bevölkerungsschutzgesetz bald heissen wird) subsidiär immer bereit sei, egal bei welchem Szenario. Sollten die normalen Strukturen bezüglich Durchhaltefähigkeit, Planungsintensität,

Anordnen und Aufgebot zusätzlicher Mittel überfordert sein, insbesondere Zivilschutz und dergleichen, lässt sich durch die Grundbereitschaft des Stabs und die enge Vernetzung des CMBL (Covid-Management BL) im Amt für Gesundheit lagegerecht reagieren und innerhalb weniger Tage den angesprochenen Teilstab Pandemie hochfahren.

Antwort zur Frage von Adil Koller bezüglich der sogenannten zweiten Auffrischimpfung: Hier gilt es zu unterscheiden. Sollte es dazu kommen, dass die Impfkommision eine weitere Auffrischimpfung empfiehlt, wird das durch die öffentliche Hand voraussichtlich entsprechend abgedeckt. Bei derjenigen, von der hier die Rede ist, handelt es sich aber um die reisebedingte Auffrischimpfung. Wenn man heute z. B. nach Thailand muss und das Land eine zusätzliche Impfung verlangt, muss das heute selber bezahlt werden. Der Kanton BL hat sich, wie alle anderen auch, gegen das Selbstzahler-System gewehrt, denn es kann durchaus sein, dass im Herbst eine Empfehlung der EKIF kommt und die öffentliche Hand die Kosten übernimmt. Die GDK empfiehlt eine Verrechnung von CHF 60.–. Die Absicht ist im Moment, dass sich alle Nordwestschweizer Kantone, mit Ausnahme des Kantons SO, an diese Empfehlung halten.

4. Christina Jeanneret-Gris-Iseli: Covid-Impfvorbereitung für Herbst 2022

Christina Jeanneret-Gris (FDP) stellt zwei Zusatzfragen: Weiss das Personal für die Impfzentren, dass es im Herbst wieder antreten muss? Zweite Frage: Was ist ein virtuelles Lager für Impfstoffe?

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) antwortet, dass die Organisation der Impfzentren sich darauf einstellt, auch mit den entsprechenden Beschaffungen, modular auf den tatsächlich vorhandenen Bedarf zu reagieren. Dazu gehört auch die Rekrutierung des Personals. Teilweise kann Personal bereits aus den bestehenden Impfzentren übernommen und entsprechend überschrieben werden. Zu den virtuellen Lagern: Der Bund hat mit den Herstellern der verschiedenen Impfstoffe Verträge über die Lieferung von Millionen von Impfdosen abgeschlossen und schliesst diese immer noch ab. Wenn dies zumindest provisorisch zugesichert ist, rechnet er damit und nimmt an, dass man über diese (virtuell) verfügt, obwohl sie zum Teil noch nicht produziert oder ausgeliefert sind. In der Regel wird geliefert, wie angegeben. Anfang 2021 gab es allerdings immer wieder Verzögerungen beim einen oder anderen Hersteller, weshalb das Virtuelle eine gewisse Bandbreite hat. Wenn aber die Waren geliefert werden, kommen sie ins Lager der Armee, in die Apotheke Itingen bei Bern. Anschliessend werden sie an die privaten Logistikpartner der Kantone geliefert und dort eingelagert. Dort sind sie dann reell vorhanden, und nicht mehr virtuell.

5. Markus Graf: Afrikanische Schweinepest (ASP)

Markus Graf (SVP) stellt eine Zusatzfrage: Die Frage 3 scheint ihm nicht beantwortet zu sein. Sie lautet: *Gemäss BLW harzt es in einigen Kantonen mit den Baubewilligungen für sichere und feste Zäune. Wie sieht diesbezüglich die Situation im Kanton Baselland aus?*

Antwort: Für Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) stellt sich zuerst die Frage, was genau «harzt» bedeutet. Weiter ist die Frage, welche Kantone gemeint sind. Materiell wurde die Frage eigentlich beantwortet. Dort, wo es um die Trennung von Haus- und Wildschwein geht, muss eine Anforderung der sicheren Trennung berücksichtigt werden. Allerdings gilt das Prinzip der Verhältnismässigkeit besonders dann, wenn es keine anderen Möglichkeiten gibt, es zu bewerkstelligen. Wenn aber die Anforderung da ist, muss sie auch berücksichtigt werden. Dies wurde in der Antwort ausgeführt. Quantitativ kann er weiter keine Auskunft geben. Er nimmt aber nicht an, dass BL zu den Kantonen gehört, bei denen es «harzt». Andernfalls darf man sich gerne melden.

6. Miriam Locher: Sicherheitsmängel am ESAF?

Miriam Locher (SP) stellt zwei Zusatzfragen: *Sie glaubt, den Antworten zu entnehmen, dass man sich für die Version Optimum entschieden hat. Ist dem so?* Zum anderen steht in der Antwort auf die Frage zu lesen, dass es sich um einen temporären Anlass handelt und die Bewilligungskompetenz bei der Einwohnergemeinde liegt. *Ist die Einwohnergemeinde für die Bewilligung des Sicherheitskonzepts zuständig bzw. hat sich mittlerweile an der Zuständigkeit des Sicherheitskonzepts etwas geändert?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) antwortet zur ersten Frage, dass man in der Tat das Optimum gewählt habe. Bildlich gesprochen: Statt sich die Hosen zu halten, kann man auch einen Gurt umschnallen, Hosenträger anziehen und sich die Hosen zusätzlich annageln. Man hat sich für einen sicheren Gurt entschieden.

Zur zweiten Frage: Die Zuständigkeit ist je nach Kanton völlig unterschiedlich, im Kanton gibt es z. B. ein Statthalteramt, das dafür zuständig ist, im Kanton Zürich ist die Zuständigkeit kommunal verteilt, desgleichen im Kanton Basel-Landschaft, wie es in der Verordnung zum Bau- und Planungsgesetz festgehalten ist. Beim ESAF 2022 handelt es sich um einen privaten Anlass, bei dem grundsätzlich der Veranstalter für die Sicherheit verantwortlich zeichnet. Je ein Vertreter der Polizei, Feuerwehr, Sanität und dem Kantonalen Krisenstab sind in der Abt. Sicherheit des OK von Anfang an dabei. Die Aufgabe besteht weiterhin darin, dass sie sich als sogenannte Bors (Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit) über die laufenden Arbeiten informieren, dass sie den Planungs- und Umsetzungsfortschritt beobachten und aus dem heraus die Einsatzstrategie für Blaulichtorganisationen, die über den Festperimeter hinausgeht, ableiten. Bei einem Anlass dieser Grössenordnung ist es selbstverständlich, dass bis zur eigentlichen Durchführung noch einiges zu erledigen ist und sich die äusseren Gegebenheiten ständig ändern können, woraus sich Anpassungen an den Dispositiven ergeben. Das OK ist nach wie vor daran, entsprechende Pendenzlisten abzuarbeiten. Aufgrund der Berichterstattung nach dem Rücktritt des Abteilungsleiters Sicherheit des Veranstalters und mit der damit zusammenhängenden medialen Beachtung des Themas hat die Polizei Basel-Landschaft gestützt auf § 52b des Polizeigesetzes entschieden, eine Überprüfung der Sicherheit vorzunehmen und falls notwendig, Empfehlungen an den Veranstalter abzugeben. Dabei wird die Polizei durch das Feuerwehrrinspektorat beider Basel und die Sanität Basel-Landschaft unterstützt. Der § 52b sagt eigentlich, dass die Polizei bei Bedarf allfällige Auflagen verfügen darf, die bis dahin gehen können, einen Kleinanlass abzusagen.

7. Linard Candreia: Sanierungsarbeiten Gymnasium Laufental-Thierstein – Wie weiter?

Linard Candreia (SP) ist zufrieden, die Antworten sind vielversprechend. Eine Zusatzfrage hat er aber noch: *In Anbetracht dessen, dass der Regierungsrat den Handlungsbedarf im Zusammenhang mit dem desolaten Zustand der Aussenhülle, der Fenster, der Aussentüren des Gymnasiums Laufental-Thierstein erkennt, könnte er sich vorstellen, in dieser Angelegenheit mehr Gas zu geben?*

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) antwortet, dass ein simpler Blick in das Investitionsprogramm des Kantons Baselland zeige, dass man sehr viel Gas gibt. In der BUD wird für niemanden so viel gearbeitet wie für die Bildungsdirektorin. Es sind unglaublich viele Arbeiten an Schulhäusern am Laufen. Das hat eine Geschichte, denn diese Häuser hat der Kanton alle einmal übernommen, die meisten von ihnen waren aus den 1950er, 1960er oder 1970er Jahren, das heisst, sie sind alle voll sanierungsbedürftig. Einzelne sind fertig saniert, aber es dauert halt eine Weile, bis eines nach dem anderen abgeschlossen ist. Es gibt Schulhäuser mit ähnlichen Mängeln, weshalb man eine Priorisierung festlegen musste, welche in welcher Reihenfolge behandelt werden. Das Gymi Laufen ist auf jeden Fall auf dem Radar. Es muss jedoch noch ein Weg zurückgelegt werden, bis man

tatsächlich bei einem Projekt angelangt ist. Der Bedarf ist aber erkannt und eingeordnet, die ersten Schritte sind eingeleitet.

8. Hanspeter Weibel: Busbahnhof Bottmingen

Hanspeter Weibel (SVP) bedankt sich für die Teilbeantwortung der Fragen 1 und 2 und die Nichtbeantwortung der Frage 3. Er hat zwei Zusatzfragen: *Wie kommt der Regierungsrat dazu, eine halbe Million an Kosten zu bewilligen für ein Projekt im Zentrum von Bottmingen, ohne vorgängig mit dem Gemeinderat die Fragen ausführlich diskutiert zu haben?* Weiter fragt er, *wie man dazu kommt, im ohnehin belasteten Dorfkern von Bottmingen eine Wendeschleife fürs Tram planen zu wollen, obwohl im nächsten Dorf, im Hüslimatt von Oberwil, bereits eine solche besteht?*

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) antwortet und stellt fest, dass Hanspeter Weibel wohl nur den ersten Satz der Antwort gelesen habe. Im zweiten Satz ist nämlich folgendes zu lesen: Die Gemeinde ist sowohl auf operativer als auch auf politischer Ebene in das Projekt involviert. Der Kanton schafft auf allen Ebenen gut mit der Gemeinde Bottmingen zusammen. Die Feststellung im ersten Satz war aber ebenfalls richtig, denn man befindet sich bislang nicht mal im Vorprojekt, sondern erst in der Vorstudie. Aber schon dann hat ein Austausch stattgefunden und wird er weiter stattfinden. Die Gemeinde wird weiterhin integriert. Zur Frage mit der Wendeschleife bittet der Votant den Fragesteller doch, mit der BLT in Kontakt zu treten. Tatsache ist, dass Bottmingen für den öffentlichen Verkehr ein gutes und wichtiges Zentrum ist mit Bus- und Tramverkehr. Der Anspruch besteht aber, mit Bottmingen zusammen Bottmingen attraktiver zu machen – und nicht das Gegenteil.

9. Felix Keller: Vernehmlassung Agglomerationsprogramm 4. Generation

Felix Keller (Die Mitte) stellt eine Zusatzfrage: *Was nimmt der Regierungsrat mit aus der heutigen Debatte um den ZUBA, wenn es in die Vernehmlassung geht?*

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) gibt folgende Antwort: die Regierung ist geschlossen unterwegs und möchte die skizzierte Haltung und was an Änderungen in den Vernehmlassungsprozess einfließen soll, einbringen. Man freut sich, wenn es dafür möglichst grosse politische Unterstützung gibt. Es wird vor unrealistischen Erwartungen gewarnt. Man muss feststellen, dass der Bund natürlich seine Kriterien hat. Eines davon ist, dass er eine bestimmte Menge Mittel bereit ist, für das 32. Agglomerationsprogramm zur Verfügung zu stellen. Die Region ist jetzt bereits sehr stark vertreten. Bekäme man den grossen Brocken ZUBA ins A zurück, wäre man sogar überproportional vertreten. Das wäre nicht schlecht, aber es wäre ein Problem. Man wird deshalb Mittel und Wege finden müssen, wie man mit dem Bund die ganze Priorisierungsthematik so angehen kann, dass ZUBA zeitgerecht realisiert werden kann. Das wird das Ziel sein.

Es ist im Moment nicht die Zeit dazu, über irgendwelche Alternativen zu diskutieren. Es gibt einen Volksauftrag, einen Auftrag des Parlaments, ein Projekt, das nach allen Seiten austariert ist und alle Verkehrsarten berücksichtigt. Man glaubt, gute Argumente zu haben, schaut, welche Begründung der Bund hat, man wird antreten und ist überzeugt, gute Erfolge erzielen zu können. Mindestens Teilerfolge. So, wie es jetzt ist, darf man das Aggloprogramm nicht stehen lassen. Dass Verhandlungsbedarf erkannt ist, ist sogar beim Bund angekommen. Man kann dem also Nachdruck verleihen und wird hartnäckig dranbleiben.

://: Alle Fragen sind beantwortet.